

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 5/2025

19. Dezember 2025



Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2025 neigt sich seinem Ende entgegen. In seiner letzten Sitzung in diesem Jahr hat der Landtag vergangene Woche den Nachtragshaushalt für 2025/2026 verabschiedet. Insgesamt war es aber ein weiteres Jahr des Stillstands unter Grün-Schwarz, in dem durch politisches Nicht-Handeln viel Zeit vertan wurde. Viel Zeit, in der die Landesregierung zum Beispiel etwas gegen die eklatante Wohnungsnot, gegen den Mangel an Kitaplätzen und gegen den nach wie vor viel zu großen Unterrichtsausfall an den Schulen hätte tun können. Viel Zeit, in der notwendige Impulse für die Weiterentwicklung unserer Verwaltung und die Stabilisierung unserer Wirtschaft schon längst hätten gegeben werden müssen.

Doch es ist kaum zu erwarten, dass in dieser Legislaturperiode noch viel im Land geschehen wird. Denn inzwischen hat der Wahlkampf gehörig Fahrt aufgenommen und die Gegensätze zwischen den Koalitionsparteien treten immer offensichtlicher zutage. Der politische Dissens, den Ministerpräsident Kretschmann und sein Vize Strobl noch unter der Decke halten konnten, bricht sich bei den beiden Spitzenkandidaten Özdemir und Hagel nun immer stärker Bahn. Der Wahlkampf, der anfangs noch mit erstaunlich viel Einhelligkeit angegangen wurde, entwickelt sich zunehmend zum offenen Schlagabtausch zwischen den beiden Kontrahenten.

Richtig schlimm finde ich dabei die Rolle der Medien, die diesen Wahlkampf in weiten Teilen auf ein Duell zwischen CDU und Grünen zuspitzen. Maximal gibt

es ein Triell mit der AfD, weil das mehr Empörung schaffen kann, was für höhere Auflagen, Einschaltquoten und Klickzahlen sorgt. Wählerinnen und Wähler werden auf diese Weise aber nur sehr eingeschränkt über die zur Wahl antretenden Parteien und ihre Kandidierenden informiert. Gerade beim SWR sehe ich das äußerst kritisch. Denn als öffentlich-rechtlicher Landessender hat er den gesetzlichen Auftrag, die freie individuelle und öffentliche Meinungsbildung zu fördern. Wichtiges Kriterium muss dabei sein, umfassend und ausgewogen zu berichten. Doch wo bleibt hier die Ausgewogenheit? Wird den Wählerinnen und Wählern dadurch nicht suggeriert, sie können oder müssen sich nur zwischen diesen drei Parteien entscheiden? Das kann nicht sein! Wir als SPD müssen sichtbar sein! Die Menschen müssen wissen, dass wir ein gutes Programm für Baden-Württemberg und seine Menschen haben.

Deswegen toure ich als Spitzenkandidat in den kommenden Wochen durchs ganze Land und kämpfe gemeinsam mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten um jede Wählerstimme. Wir als SPD wollen den Menschen wieder in den Mittelpunkt stellen und setzen uns dafür ein, dass jede und jeder eine faire Chance bekommt. Wir stehen für eine Politik, die sich kümmert – nahbar, entschlossen und gerecht. Ich bitte Euch herzlich, mich dabei tatkräftig zu unterstützen. Denn nur gemeinsam können wir unser Ziel erreichen, sozialdemokratische Ideen und Werte auch in Baden-Württemberg wieder in politisches Handeln umzusetzen.

Doch bevor die heiße Phase des Wahlkampfs im Januar richtig beginnt, möchte ich Euch, Euren Familien und Freunden zunächst frohe Weihnachten mit besinnlichen und erholsamen Stunden im Kreise Eurer Lieben sowie einen guten Rutsch in ein glückliches, gesundes und erfolgreiches Jahr 2026 wünschen.

Euer Andreas Stoch

SPD-Landesparteitag in Ulm



Foto: SPD Baden-Württemberg

Auf dem Landesparteitag in Ulm haben wir unser Wahlprogramm für die Landtagswahl am 8. März 2026 beschlossen. 320 Delegierte und rund 250 Gäste diskutierten und verabschiedeten das Programm, das unter dem Leitmotiv „Weil es um den Menschen geht“ steht. Als SPD-Spitzenkandidat stellte ich die programmatischen Leitlinien vor. Im Mittelpunkt stehen dabei die Themen Wirtschaft & Arbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheit. In meiner Grundsatzrede unterstrich ich, dass es jetzt um unser Land geht. Baden-Württemberg ist ein starkes Land, ein reiches Land, ein Land voller cleverer und fleißiger Leute. Wir müssen klarmachen, dass dieses Land eine gute Zukunft hat, wenn wir jetzt politisch handeln.

Deutliche Kritik übte ich an der amtierenden Landesregierung, die das Land nicht gut regiert. Die Perspektive der arbeitenden Menschen muss in der Politik wieder stärker in den Mittelpunkt gestellt werden. Das Leben in Baden-Württemberg muss wieder gut und bezahlbar werden. Jetzt vor der Wahl zeigt sich, dass Grüne und CDU nicht gestaltet und nie miteinander, sondern allenfalls nebeneinander regiert haben. Es fehlen bezahlbare Wohnungen, Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Landärzte, Kitaplätze, Notfallpraxen und Windkraftanlagen. Und es fehlt an Zuversicht, all diese Probleme lösen zu können. Wir als SPD hingegen werden die Herausforderungen entschlossen angehen – mit mehr Ideen, mehr Mut und mehr Investitionsbereitschaft! Die Botschaft ist klar: Es geht um den Menschen, wenn es um Politik geht.

Ein Highlight des Parteitags war die Rede unseres Bundesvorsitzenden und Vizekanzlers Lars Klingbeil. Er bekräftigte in seiner Rede an die Delegierten die Bedeutung unseres Wahlprogramms und unterstützte mich als Spitzenkandidat: „Wir brauchen eine starke Sozialdemokratie in Baden-Württemberg. Wir brauchen Stabilität, Fortschritt, Verlässlichkeit – und das wird es hier nur mit Andreas Stoch und der SPD geben. Dafür kämpfen wir gemeinsam.“

Schwerpunktt Themen des Wahlprogramms:

1. Wirtschaft & Arbeit: Arbeitsplätze sichern – Zukunft gestalten

Wir erleben eine neue industrielle Revolution, in der viele Jobs wegfallen, aber auch viele neue entstehen. Wir brauchen eine Landesregierung, die gemeinsam mit den Beschäftigten Lösungen findet, um Arbeitsplätze zu erhalten. Im Zentrum unserer Wirtschaftspolitik stehen die Menschen. Sie sind das wichtigste Kapital unserer Wirtschaft. Deswegen ist die zentrale Leitlinie sozialdemokratischer Wirtschaft die Sicherung von Arbeitsplätzen. Staatliche Unterstützung gibt es mit uns nur gegen klare Standort- und Beschäftigungszusagen. Wir planen außerdem eine Transformationsmilliarde und Modellregionen zur Erprobung neuer Technologien und Verfahren, einen Staatsfonds BW mit zeitlich begrenzten Beteiligungen an nachhaltigen Unternehmen und Start-ups, die Novellierung des Landestariftreuegesetzes und die gebührenfreie Meisterausbildung.

2. Bildung: Gebührenfreie Kitas und gleiche Chancen für alle Kinder

Gute Kinderbetreuung ist wichtig für Bildungsgerechtigkeit, aber auch für die Wirtschaft. Wenn Kitaplätze fehlen oder Unterricht ausfällt, dann fehlt Eltern die Planungssicherheit – und sie fehlt dann auch den Arbeitgebern. Wir fordern gebührenfreie Kitas, eine gesetzlich verankerte Unterrichtsgarantie sowie Modernisierung und Neubau von Schulen im Rahmen eines Sanierungsprogramms.

3. Wohnen: Ein bezahlbares Zuhause für alle

Baden-Württemberg ist eines der teuersten Länder beim Wohnen. Das vernichtet Perspektiven, ist sozialer Sprengstoff und Gift für den Wirtschaftsstandort. Wir setzen deshalb auf eine merklich höhere Wohnbauförderung, den Neubau von Mietwohnraum, insbesondere im Geschossbau, die Gründung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft BWohnen zur Erschließung neuer Flächen und den Schutz von Mieterinnen und Mietern, u.a. durch eine Ausweitung der Mietpreisbremse.

4. Gesundheit: Würde schützen – Versorgung sichern

Baden-Württemberg ist immer noch ein reiches Land. Aber wenn Krankheit oder ein Pflegefall Familien finanziell komplett überfordern können, dann läuft etwas gewaltig schief. Deswegen fordern wir sichere Krankenhausversorgung mit maximal 30 Minuten bis zum nächsten Krankenhaus der Grundversorgung, den Erhalt und die Wiedereröffnung der Notfallpraxen und ein sozialversicherungspflichtiges Gehalt für pflegende Angehörige.

Rückzahlung Coronahilfen

In der 134. Sitzung des Landtags am 12. November forderte die SPD, die von Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut rechtswidrig geforderten Rückzahlungen der Corona-Soforthilfen zurückzunehmen. (Auszug aus meiner Rede)

„Wenn es darum geht, wie sich der Staat in der Corona-Pandemie verhalten hat, ist es heute guter Brauch, offen und selbstkritisch zu sein. Was war gut, was war schlecht? Was hätten wir besser machen sollen und was haben wir falsch gemacht? Die Aufarbeitung all dessen ist kein Selbstzweck, sondern dient der Frage, wie wir zukünftig mit vergleichbaren Situationen umgehen. Es war gut, dass die überwiegende Mehrheit hier im Parlament schnell Hilfsmaßnahmen beschlossen hat. Viele Selbstständige und Kleinunternehmen waren darauf angewiesen, in der ersten Phase des Lockdowns Hilfe zu bekommen. Politik hat hier gezeigt, wie wichtig es ist, schnell und zielgerichtet zu handeln. Umso schlechter ist es, wie sich Landesregierung, Wirtschaftsministerin und L-Bank in der Folge verhalten haben und immer noch verhalten. Hierbei geht es um das Geld, das verhindert hat, dass viele Unternehmen schließen mussten, und welches der Landtag auch mit den Stimmen der SPD freigegeben hatte. Doch nicht einmal ein Jahr später wollte die Landesregierung viel von diesem Geld wieder zurück. Doch Landesregierung und L-Bank verloren Rechtstreite, Gerichte machten klar, dass die Fälle die vor dem 7. April 2020 beantragt wurden, nicht an Liquiditätsengpässe, sondern allein an Umsatzausfälle gekoppelt waren. Bereits das Stuttgarter Verwaltungsgericht hatte der Landesregierung sehr deutlich ins Stammbuch geschrieben, dass die Rückforderungen rechtswidrig waren. SPD und FDP haben die Wirtschaftsministerin damals schon aufgefordert, die Urteile zu akzeptieren. Aber stattdessen, setzte sie ihr Missmanagement fort, um Geschäftsleuten zu zeigen, wer am längeren Hebel sitzt. Manche Betriebe sind den Rückforderungen gefolgt. Wie wir jetzt wissen: zu Unrecht. Aber kriegen sie ihr Geld zurück? Nein, stattdessen wird den Menschen das Leben mit Zinsforderungen zusätzlich schwergemacht. Das ist ein Skandal! Die Landesregierung würde diesen Fall gerne im Stillen aussitzen und am Ende möglichst viel Geld behalten, obwohl es der Landeskasse nicht zusteht. Die Regierung selbst hat ungefähre Zahlen in den Raum gestellt: 60.000 Fälle, 430 Millionen Euro. Da wird in erheblichem Maße die Wirtschaft unseres Landes geschädigt, und das in diesen Zeiten! Da machen wir als SPD nicht mit! Schaffen Sie Klarheit, korrigieren Sie ihren Kurs, regulieren Sie den Schaden. Und sorgen Sie endlich für Rechtsfrieden!“

Nachtragshaushalt 2025/2026

In der 136. Sitzung am 3. Dezember diskutierte der Landtag Nachtragshaushalt 2025/2026 in Erster Lesung. Hier geht es um die Verteilung des vom Bund für Baden-Württemberg bereitgestellten Sondervermögens von 13 Milliarden Euro für die nächsten zwölf Jahre, von denen das Land 8,7 Milliarden Euro an die Kommunen verteilen will. (Auszug aus meiner Rede)

„Es ist gut, dass wir heute über einen Nachtragshaushalt sprechen, der anerkennt, dass auch in Baden-Württemberg investiert werden muss und endlich die Kommunen entlastet. Im Frühjahr hatte ich bereits angeregt, sich fraktionsübergreifend Gedanken zu den gewaltigen Grundsatzentscheidungen in Berlin zu machen und einen Plan für Baden-Württemberg zu erarbeiten sowie eine Kommunalmilliarde an Städte und Gemeinden zu geben. Doch die Landesregierung hat die Idee eines Nachtragshaushalts damals weit von sich gewiesen und viel Zeit vertan. Es ist gut, dass der Nachtrag jetzt kommt und in die richtige Richtung weist. Aber er kam allein durch die Entscheidungen der Bundesregierung, die dort wiederum maßgeblich von der SPD durchgesetzt wurden. Jetzt brauchen wir von der Landesregierung nicht nur Eigenlob, sondern endlich auch Eigeninitiative. Es ist gut, dass jetzt in wichtige Bereiche investiert wird. Doch warum erst jetzt, wenn fremdes Geld auf dem Tisch liegt und andere die Zinsen dafür zahlen? Der Bund hat bewiesen, dass der Staat handeln kann. Lassen Sie uns im Land beweisen, dass wir auch handeln können! Bisher hat es dafür an politischem Willen gefehlt. Unser Land braucht mehr als dieses Minimum an politischem Willen, Bundesmittel einfach nur mit möglichst wenig klebrigen Fingern durchzureichen. Unsere Kommunen brauchen seit Langem eine nachhaltige und faire Finanzierung. Wir müssen jetzt investieren! Denn für jeden Euro, den wir heute nicht in die Hand nehmen, müssen wir in Zukunft zwei Euro zahlen. Der Bund hat neue Rahmenbedingungen geschaffen und so auch den Ländern mehr Bewegungsfreiheit eingeräumt. Es wird Zeit, dass Grün-Schwarz endlich handelt. Oder wollen Sie weiter Ihre Rücklagen pflegen, während der Bund Milliarden stemmt und die Kommunen auf dem letzten Loch pfeifen? Dieser Nachtragshaushalt wäre die Möglichkeit, um endlich mehr zu tun, z.B. bei der Wohnraumförderung oder der Finanzierung eines gebührenfreien letzten Kindergartenjahres oder der Entlastung der Kommunen. Deswegen haben wir einen Änderungsantrag gestellt. Bei einem Nachtragshaushalt sollte es nicht allein um Zahlen gehen, sondern vor allem um die Menschen in diesem Land.“

Austausch mit VdK-Kreisvorstand



Beim Treffen mit dem VdK-Kreisvorstand Heidenheim informierte ich mich über die derzeitige Situation im Landkreis. Zentral waren dabei die Auswirkungen des demografischen Wandels, eine zukunftsfähige Ausgestaltung der Pflege und der Erhalt der sozialen Sicherungssysteme. Kreisvorsitzender Wolfgang Klook skizzierte die Situation: „Die Gesellschaft altert stark. 2040 werden hier 11.600 Menschen nach Angaben des statistischen Landesamtes über 80 Jahre alt sein. Heute sind es 9.500. Das wird gravierende Veränderungen nach sich ziehen.“ Die Infrastruktur müsse angepasst, mehr Barrierefreiheit und altersgerechte Mobilität geschaffen sowie ausreichend Pflegekapazitäten gesichert werden. Die Zahl der Pflegebedürftigen im Kreis werde im Jahr 2030 bei rund 7.000 liegen. Es brauche ausreichend und bezahlbare Pflegeplätze und eine deutliche Entlastung pflegender Angehöriger, denn 86 Prozent der Pflege findet im häuslichen Bereich statt. Hier verwies ich auf unser Landtagswahlprogramm, in dem wir ein Pflegegeld analog zum Erziehungsgeld einführen wollen. Die hohen Eigenanteile in der stationären Pflege überfordern Pflegebedürftige und ihre Familien, aber auch den Sozialetat im Kreis. Ein Drittel der Heimbewohner sei auf Grundsicherung angewiesen, mahnte Klook. Die SPD fordert, dass das Land wieder in die Förderung der Investitionskosten einsteigt, und auch eine stärker solidarisch finanzierte Pflegeversicherung. Insgesamt muss dafür gesorgt werden, dass die sozialen Sicherungssysteme weiterhin funktionieren, waren wir uns einig. Der VdK begrüßte die Festschreibung des Rentenniveaus, auf welchem gerade die SPD im Bund beharrte. Dadurch wird das Vertrauen in die Rentenversicherung gestärkt. Hier dürfen nicht die Generationen gegeneinander ausgespielt werden, sondern wir müssen tragfähige Lösungen für alle finden. Abschließend dankte ich dem VdK, der als größter Sozialverband insbesondere die Interessen älterer, kranker oder sozial benachteiligter Menschen vertritt und sich auch hier im Kreis vehement für die gesellschaftliche Teilhabe aller stark macht.

Bürgerempfang am 13. Januar 2026

Traditionell trifft sich die SPD-Landtagsfraktion nach den Weihnachtsferien zu einer dreitägigen Jahresauftaktklausur. Ich freue mich, dass diese im kommenden Januar in meiner Heimatstadt Heidenheim stattfinden wird. Der Höhepunkt wird dabei unser Bürgerempfang am Dienstag, den 13. Januar, um 19 Uhr im Sparkassen Business Club in der Voith Arena sein. Es gibt eine Talkrunde mit Klaus Eckle, Manager der äußerst erfolgreichen Baseballer Heidenheim Heideköpfe, und Tobias Bucher, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Heidenheim, und außerdem jede Menge anregender Gespräche mit den Abgeordneten meiner Fraktion. Dazu lade ich ganz herzlich ein.





SPD
Baden-Württemberg
Für Dich im Landtag



MIT DABEI!
SPORTTHEATER
HEIDENHEIM*

**SEI DABEI UND UNSER GAST:
WIR SEHEN UNS IN HEIDENHEIM!**



Dienstag,
13. Januar 2026



Ab 18:30 Uhr



Voith-Arena
Schlosshaustrasse 162
89522 Heidenheim a.d.B.

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80

E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de

Internet: www.andreas-stoch.de